WESER KURIER

Geplante Mastanlagen in Niedersachsen

28.07.2011

Landwirte und Gegner geraten aneinander

Von Justus Randt

Landkreise Diepholz·Verden·Oldenburg. Immer größer werden die Ställe, in denen vor allem Geflügel und Schweine bis zur baldigen Schlachtreife gemästet werden. Je größer die bei den Landkreisen beantragten Bauvorhaben werden, desto lauter protestieren Tierschützer, Verbraucher und Nachbarn gegen "Tierfabriken". Mitunter eskaliert der Widerstand, auch wenn erbitterte Gegner der Fleischindustrie sittlich hochstehende Motive für sich geltend machen.

© dpa
Kühe in Barver: Die Gemiende im Kreis Diepholz hat ein Erweiterungsvorhaben in der Nähe dieses Stalls verhindert.

Polizei und Staatsanwaltschaft in Salzgitter prüfen noch, ob die Bekenner-E-Mail echt ist. Der verheerende Brand in einem noch nicht genutzten Hähnchenstallneubau, Mitte Juli, war jedenfalls real. Schaden: 500000 Euro. Das Ganze hat sich in Alvesse im Kreis Peine zugetragen. Weit entfernt - beispielsweise von den Landkreisen Diepholz, Verden und Oldenburg. Aber es gibt Zusammenhänge.

Der zerstörte Stall in Alvesse, in dem rund 85000 Tiere gemästet werden sollten, gehört zu den diversen Zulieferbetrieben einer geplanten Hähnchengroßschlachterei in Wietze. Die Unternehmensgruppe Rothkötter hat bereits die Genehmigung des staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Lüneburg, dort wöchentlich annähernd 2,6 Millionen Hähnchen zu schlachten. Um den enormen Bedarf an Hähnchen zu

decken, sollen bis zu 100 Mastbetriebe unter Vertrag genommen werden. All das ist Ausweis eines gewaltigen Hungers auf Hähnchen - den die Branche voraussetzt. Beim

Bauordnungsamt des Landkreises Oldenburg seien gegenwärtig 27 Genehmigungsverfahren allein für Geflügelmast-

anlagen anhängig. Dabei, sagt der stellvertretende Amtsleiter Torsten Stuhr, gehe es um 1395095 Mastplätze für Hähnchen, um 243302 Legehennen - und 55500 Puten. Das größte Einzelvorhaben sei ein Stall für 278000 Masthähnchen.

Unaufhörliche Nachfrage scheint die Produktion zu beflügeln. Schon vor vier Jahren wurde in Langwedel-Etelsen (Kreis Verden) die Genehmigung des mit 100000 Plätzen ehedem größten Hähnchenmaststalls in Niedersachsen beantragt. Kürzlich wurde das Projekt abgelehnt, wegen "nicht ausreichender Erschließung", wie Rolf Thies von der Kreisbaubehörde sagt. Das Widerspruchsverfahren läuft.

Eckehard Niemann, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit bundesweit rund 6000 Mitgliedern, hält den Hähnchenboom und die Euphorie der Produzenten für übertrieben. Niemann geht davon aus, dass bundesweit zwar 900 zusätzliche Ställe gebaut, aber nur 80 gebraucht würden. Wohl gemerkt in der Größenordnung von je 40000 Mastplätzen. Der deutsche Pro-Kopf-Verbrauch von Hähnchenfleisch sei während der vergangenen zehn Jahre im Durchschnitt um "mäßige 400 Gramm pro Jahr" angestiegen - auf zuletzt 11,4 Kilogramm, sagt Niemann.

Wie dem auch sei, angehende Produzenten reagieren zusehends aggressiv auf widerständige Tierschützer. Nicht erst auf jene, die für den Brandanschlag in Alvesse verantwortlich sein wollen. Ende Juni wurden Tierschützer in Teplingen im Kreis Lüchow-Dannenberg von der Baustelle eines Zulieferstalls für den Wietzer Schlachthof vertrieben. "Die Bauern sind extrem brutal gegen uns vorgegangen", so eine Aktivistin. Die Landwirte seien mit Treckern über die Zelte der Demonstranten hinweggebrackert, ohne sich zu vergewissern, dass sie leer sind. Die wütende Aktion hat Folgen: Ermittlungen gegen Bauern wegen des Verdachts auf Landfriedensbruch.

In der Bekenner-E-Mail zur Brandstiftung in Alvesse heißt es, die Gegner der Mastanlage hätten sich zu dem Gewaltakt entschieden, weil legaler Widerstand keinen Erfolg gehabt habe. Das mag eine Frage der Herangehensweise sein. Die Bürgerinitiative (BI) Wietze, die sich gegen den Megaschlachthof stemmt, teilt mit, dass sie nun einen Privatkläger unterstütze, der "einen Antrag auf Normenkontrolle beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht gestellt" habe. Die BI geht ihrer Sprecherin Gabriele Ruschmeier zufolge davon aus, dass der entsprechende Bebauungsplan "beachtliche rechtliche Fehler" aufweise.

Protestbereitschaft ist gestiegen

Für den Kreis Verden sei allgemein festzustellen, dass die "Protestbereitschaft der Bevölkerung gegenüber Tierhaltungsanlagen in den letzten Jahren gestiegen ist", sagt Rolf Thies. "Das dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass zwischenzeitlich Stallanlagen in einer Größe beantragt werden, die zumindest für den Landkreis Verden noch vor zehn Jahren unrealistisch war."

Der 100000er-Stall für Hähnchen in Etelsen, aber auch der Bauantrag für eine 6160 Plätze große Schweinemastanlage in Morsum waren "von massiven Protesten nicht nur einzelner Bürger begleitet", wie Rolf Thies sagt. Diese beiden großen Vorhaben führten dazu, dass der Verdener Kreistag eine Resolution gegen industrielle Tierhaltung formulierte. Der Antrag für den Schweinestall übrigens "wird nach Stand der Dinge ebenfalls abgelehnt werden müssen",

sagt Thiel. Die Gemeinde habe in-zwischen beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen und eine Veränderungssperrre zu erlassen.

Im Landkreis Oldenburg, sagt Torsten Stuhr, sei noch kein Widerstand vernehmlich geworden gegen den - "wo, möchte ich nicht sagen" - geplanten Megastall für 278000 Masthähnchen. Das könnte sich ändern, wenn das Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz in die Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung geht. Bislang konzentriere sich der Protest auf zwei geplante Mastanlagen der Größenordnung von je knapp 40000 Hähnchen und Legehennen sowie zwei Putenställe mit jeweils 10000 Tieren.

Auch Marco Prietz, Sprecher des "durch milchviehhaltende Betriebe geprägten" Kreises Osterholz, hat festgestellt, dass Bürgerbeteiligungen zusehends auf Resonanz stoßen - allein: "Es gibt derzeit keine laufenden Genehmigungsverfahren für Ställe oder Mastanlagen."

In Barver im Kreis Diepholz hat der Gemeinderat kürzlich - auch nach Protesten von Landwirten - beschlossen, die Erweiterung eines Kuhstalls von 1100 auf 3200 Tiere zu verhindern. 500 zusätzliche Plätze sollen dem Landwirt zugestanden werden. Ein Antrag des "Monopolisten" nach verkleinerten Plänen liege noch nicht vor, sagt Ortsbürgermeister Detlev Osterbrink. Er rechnet fest damit, denn: "Das nimmt ja kein Ende heute mit den Wachstumsplänen."